

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Nummer 10 Pfennig. Der Abonnementpreis beträgt für ein Jahr 120 Pfennig, für sechs Monate 60 Pfennig, für drei Monate 30 Pfennig. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste veröffentlicht. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Hauptstraße 10, zu erreichen. Telefon 100.

Wilsdruff, Hauptstraße 10, Telefon 100. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste veröffentlicht. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Hauptstraße 10, zu erreichen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 303. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“. Wilsdruff. Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 30. Dezember 1927

Kapitalhunger.

Daß die Zahl der Arbeitslosen um 33 Prozent jetzt auf etwa eine Million gestiegen ist, braucht doch nicht als ein Zeichen eines allmählichen allgemeinen Konjunkturmehrs betrachtet zu werden. Klimatische Ursachen, besonders die harte Kälte, haben in den Saisongewerken, also namentlich in der Landwirtschaft und im Baugewerbe, zur Einstellung jeder Arbeit geführt, eine Erscheinung, die im vergangenen Jahre nicht in diesem Ausmaß auftrat, und trotzdem betrug um die Jahreswende 1926/27 die Zahl der Arbeitslosen über zwei Millionen.

So ganz sicher in unserer wirtschaftlichen Haut fühlen wir uns in Deutschland aber doch nicht; jedenfalls ist der Bericht der Berliner Handelskammer über die Konjunktur und Wirtschaftspolitik im Jahre 1927 recht vorsichtig und zurückhaltend. Gewiß war in Industrie und Handel die Beschäftigung gut, aber der Gewinn daraus nur ein mäßiger. Angesichts des großen Kapitalhungers der immer schneller erzeugenden deutschen Wirtschaft spielen daher die Gelder aus deutschen Ersparnissen leider längst nicht die Rolle wie jene Summen, die vom Ausland aus zu uns hereinstromten, was im übrigen durch die Diskont- und Anleihepolitik der Reichsbank nicht gerade erleichtert wurde.

Charakteristisch für die deutsche Wirtschaftskonjunktur 1927 ist vor allem die Tatsache, daß das Ausland ja viel härter als Lieferant beteiligt war, während es leider dem deutschen Warenabfahrelende Schwierigkeiten in den Weg stellte. „Geblichen ist draußen die Tendenz zur handelspolitischen Absperrung“ sagt der Bericht, und „geblieben ist der große Vorprung der kapitalstärkeren Länder, vor allem der Vereinigten Staaten“. Aber wir kommen mit diesen Ländern, die in der Lage sind, langen und billigen Kredit zu gewähren, auch deswegen nicht mit, weil uns die Höhe der deutschen Zinssätze auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig macht. Hier treiben die öffentlichen Lasten, die Arbeitslosen und die schwierige kreditpolitische Lage die Preise in die Höhe. Betriebsnationalisierungen zwecks Kostenersparnis vermögen nur ziemlich wenig dagegen auszurichten. Außerdem kostet das auch wieder Leibschmerz, weil es trotz der guten Beschäftigung und gesteigerter Gütererzeugung eben nur zu einer verhältnismäßig geringen binnenländischen Kapitalneubildung kam — die Gewinne waren eben viel zu gering. Infolgedessen wendet sich der Bericht — übereinstimmend mit zahlreichen Kundgebungen der letzten Zeit — nun auch seinerseits gegen den schweren Druck, den gerade die öffentlichen Lasten auf die Wirtschaft ausüben und damit ihre Leistungsfähigkeit ganz außerordentlich schwächen. Denn der Dawes-Plan ist schon schwer genug zu tragen. In großer Breite und mit bemerkenswerter Schärfe wendet sich der Bericht daher gegen die steigende Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden, gegen die Verlegererei, die ganz besonders in wirtschaftlichen Fragen hemmend und direkt schädigend wirkt, und das Verlangen der Länder, mit Hilfe von Reichseinnahmen einen Verwaltungsapparat und eine Verwaltungstätigkeit aufrechtzuerhalten, deren Ausmaße viel zu groß sind. „Nationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ ist das Ziel, das ja von der Wirtschaft immer energischer angefordert wird — im wirtschaftlichen Interesse, besonders um endlich aus der fast ganz binnenländischen Konjunktur herauszukommen und auf dem Weltmarkt größere Abfahrmöglichkeiten erhalten. Hierfür darf man sich staatlicherseits vor Opfern nicht scheuen.

Der Überschwang, mit dem der rasche Aufstieg der Konjunktur des Jahres 1927 begleitet wurde, weil man mit einer im gleichen Ausmaß ansteigenden Rentabilität rechnete, ist vererbt, aber mit allen Vorbehalten glaubt der Berliner Handelskammerbericht doch sagen zu können, daß „doch noch keine tatsächlichen Gründe vorliegen, die ein Abgleiten von der erreichten Höhe als bereits einsetzend oder als notwendig bevorstehend erkennen ließen“. Bedenklich ist eben nur der ungenügende Unternehmergeinn und die ungenügende Kapitalverzinsung, den beiden Quellen binnenländischer Kapitalneubildung. Schuld daran sind die erhöhten Selbstkosten und die gesteigerten öffentlichen Lasten. Hier hat die Reform einzusetzen und diese durchzuführen ist nach beiden Richtungen hin durchaus möglich. Und sie muß geschehen, weil nur auf diesem Wege ein weiterer, breiterer Aufschwung der deutschen Wirtschaft als der Ernährung immer größerer Bevölkerungsmassen vor sich gehen kann.

Eine Million Arbeitslose.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg, wie amtlich mitgeteilt wird, von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 Prozent. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000, also um 202 000 zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung nur 24,4 Prozent. Die Zahl der Krüppelunterstützten nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder um 16,6 Prozent zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 750 000 auf rund 1 000 000 gestiegen (davon 150 000 Frauen). Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 250 000 oder 33,3 Prozent.

Die Frage der deutschen Kriegsschulden

Deutschlands Zahlungen.

Amerikas Standpunkt.

Die Auseinandersetzungen über das auf der gesamten Weltwirtschaft lastende Problem der deutschen und der europäischen Kriegsschulden nehmen in den Vereinigten Staaten das öffentliche Interesse dauernd in Anspruch. Derzeit in der Heimat weitläufige Reparationsagenten Parker Gilbert, der in seinem Jahresbericht bekanntlich den Anstoß zu der Diskussion gab, hält fortgesetzt Konferenzen mit Politikern und Finanzleuten in der Angelegenheit ab.

Inzwischen wird gemeldet, daß das Schahamt in Washington neuerdings auf das bestimmteste erklären ließ, seinen Umständen eine Vermeidung des Dawes-Planes, der deutschen Schuldenregelung, mit der allgemeinen europäischen Schuldenfrage zulassen. Der Standpunkt päpstlichen Schuldentrag zulassen werde. Der Standpunkt der amerikanischen Regierung bleibe derselbe, nämlich, daß die Schuldenfrage ein Problem darstelle, das unabhängig von den Reparationen gelöst werden müsse. Alle Verträge, die in Paris und Berlin verhandelt wurden und wonach unter Umständen damit zu rechnen sei, daß die amerikanische Regierung ihre Haltung ändern könne, entsprehen also, wie weiter amtlich erklärt wird, jeder Grundlage.

Andererseits will der „New York Herald“ wissen, daß eine Auslösung der gesamten Schulden- und Reparationsprobleme für die nächste Zukunft zu erwarten sei. Die hierüber bestehenden Pläne rechneten mit einer Verminderung der interalliierten europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten und mit einer entsprechenden Ermäßigung der noch mit 132 Milliarden Goldmark anzunehmenden deutschen Gesamtschuld. Man beachtete:

1. Es soll bestimmt werden, welcher Teil des Betrages von 132 Milliarden Goldmark, der sozusagen noch in der Höhe der Nachkriegsschuldung festgesetzt wurde, in Wirklichkeit zu zahlen ist.
2. Sobald diese Summe zwischen den ehemaligen Alliierten und Deutschland festgesetzt ist, soll eine großzügige internationale Finanzoperation Deutschland die prompte Zahlung erleichtern.
3. Nach der Festsetzung und Handhabung der deutschen Verpflichtungen soll eine Revision aller Schuldvereinbarungen stattfinden, die bisher zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Schuldnern getroffen wurden.

Jedenfalls scheint aus den widersprechenden Angaben die lebhafteste Beschäftigung mit der Frage hervorzugehen, ohne daß man sich allzu großer Hoffungsreueidigkeit auf ihre baldige Lösung in dem Sinne hinzugeben braucht, wie sie nach deutscher Ansicht erforderlich und unabwendbar ist.

Die französisch-spanische Tangereinigung dementiert.

Paris, 29. Dezember. Die Meldungen, wonach zwischen Frankreich und Spanien eine Einigung in der Tangereinigung erzielt worden sei, werden von ausländischer französischer Seite dementiert. Weiter wird erklärt, daß die Verhandlungen über die Organisation der Polizei in Tanger weitergehen.

Erfolg für die Reichswehr.

Neue Verordnung des Reichswehrministeriums. Eine vom Reichspräsidenten gegenzeichnete Verordnung des Wehrministeriums über den Erfolg für die Reichswehr ist soeben erschienen und gibt im wesentlichen folgende Anordnungen:

Die Ergänzung des Heeres liegt bei den Wehrkreiskommandos. Als Werbestellen sind die Truppenteile anzusehen. Als solche gelten die Bataillone, Reiterregimenter und Abteilungen. Das Verben ist in erster Linie Sache des Kompaniechefs.

Die Truppenteile dürfen, um Freiwillige zu ermitteln, nichtpolitische Vereine und andere gemeinnützige Einrichtungen benutzen. Die Wehrkreiskommandos sollen beim Veröffentlichung von Hinweisen auf Einstellung und von Werbeaufträgen Blätter aller Richtungen, soweit sie nicht die bestehende Staatsform ablehnen, gleichmäßig berücksichtigen. Unter derselben Ziffer heißt es, daß der Kreis der Blätter, in denen bezahlte Anzeigen erscheinen können, aus Kostengründen beschränkt sei.

Allgemeine Einstellungstage sind der 1. April und der 1. Oktober. Die Werbungen sollen in der Regel aber zum 1. Januar und zum 1. Juli für den nächsten Einstellungstag beendet sein. Über die Auswahl des Offiziersverfahrens wird bestimmt, daß diese Auswahl erst während der Dienstzeit erfolgen könne. Abgeschlossene höhere Schulbildung schafft günstige Unterlagen für die Beförderung zum Offizier.

Von der Werbung ist u. a. ausgeschlossen, wer an Werbungen teilgenommen hat, die auf eine Änderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unerlaubten Mitteln

Stimmen der Vernunft.

Zu den Auseinandersetzungen über die deutschen Kriegsschulden bemerkt die Londoner „Westminster Gazette“ in einem leitenden Artikel: „Es scheint, daß die Franzosen nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie stehen noch auf dem gleichen Standpunkt wie im Jahre 1921. Deutschlands Fähigkeit zur Aberweisung von Jahreszahlungen an andere Nationen hat eine bestimmte Grenze. Es ist fonderbar, daß das französische Volk, das doch als realistisch gilt, es noch immer vorzieht, in einer Atmosphäre der Illusion zu leben.“

Das Pariser Blatt „L'Espresso“ kommt erneut auf das beleidigende Hindenburg-Palais zu sprechen und meint, daß gegenüber allen Angriffen der französischen Nationalisten die beste Erwiderung die Tatsache sei, daß nach den Angaben des soeben erst angenommenen französischen Haushalts, Frankreich 550 000 Mann, Deutschland dagegen nur 90 000 Mann unter den Waffen halte. Parker Gilbert habe die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsschuld vorgezogen und der Völkerbund werde bald selbst die Initiative ergreifen, um die Räumung des Rheinlandes zu verlangen. So werde sich die Wahrheit den Weg brechen, trotz aller Verleumdungen der französischen Reaktionäre und Nationalisten.

Auf dem Parteitag der französischen Sozialisten protestierte der Redner Louguet gegen die Fortdauer der Rheinlandbesetzung, die er als einen Standpat bezeichnete. Seine Ermahnung zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland löste spontanen Beifall aus, der als Symptom für die Stimmung der französischen Massen gebucht werden dürfte, zumal sich auch die übrigen Redner im gleichen Sinne äußerten, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erst dann eintreten könne, wenn der letzte französische Soldat das besetzte Gebiet verlassen habe.

Wer erhält das Geld?

Im vierten Reparationsjahre — 1. September 1927 bis 31. August 1928 — sollte nach dem Verteilungsplan der Reparationskommission die deutschen Zahlungen etwa in folgender Weise verteilt werden: Frankreich 882,5 Mill. Goldm., England 370,2 Mill. Goldm., Italien 117,4 Mill. Goldm., Belgien 87,4 Mill. Goldm., Jugoslawien 58,8 Mill. Goldm., Amerika (U. S. A.) 55,0 Mill. Goldm., Rumänien 14,8 Mill. Goldm., Japan 10,0 Mill. Goldm., Portugal 9,9 Mill. Goldm., Griechenland 5,2 Mill. Goldm., Polen 0,3 Mill. Goldm.

gerichtet waren; unter den Ausweispapieren wird ein politisches Führungs- und Leumundzeugnis verlangt, in dem sich die Behörden darüber aussprechen müssen, ob der Bewerber sich in verfassungsfreundlichem Sinne betätigt hat. Das Einziehen von Erkundigungen bei Parteien, die in politischen Vereinen tätig sind oder staatsfeindlichen Parteien angehören, ist zu unterlassen.

Aber die Annahmestellen ist gesagt, daß der Kommandeur einen oder mehrere Offiziere als Annahmestellen mit dem Durchführen des Annahmeverfahrens beauftragen darf. Dazu sind ältere Offiziere, mindestens Oberleutnant, auszuwählen, die Scharbild und Menschenkenntnis besitzen und alle einschlägigen Bestimmungen kennen. Dem Freiwilligen, der zum Truppendienst einberufen ist, muß eröffnet werden, daß er binnen zehn Tagen dem Eid auf die Reichsverfassung abzulegen hat und daß im Falle der Eidesverweigerung die Einstellung nichtig ist.

Interessantes aus dem neuen Reichsetat.

Einige Zahlen.

Am Donnerstag ist der endgültige Vorschlag für den Reichshaushalt im Jahre 1928 dem Reichstag zugegangen. Er wird alsbald nach Beendigung der Weihnachtsferien von dem Parlament in Bearbeitung genommen werden.

Nach den Beschlüssen des Reichsrates entfielen im ganzen an Mehraufwendungen gegenüber dem Entwurf der Regierung 31 200 000 Mark. Davon entfallen 20 Millionen auf eine einmalige Beihilfe für die wirtschaftlich und kulturell besonders bedrängten Grenzgebiete im Osten und Südosten, weitere sechs Millionen für die bedrängten westlichen Grenzgebiete, eine Million für kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet, 800 000 Mark zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet, zwei Millionen zur Förderung des Exports durch Festen von reichswichtiger Bedeutung, eine Million für Bodenfahrsytlege und 400 000 Mark zur Bekämpfung des Alkoholismus. Diese Mehrkosten sollen aufgebracht werden durch Abstriche im Budget, vor allem durch Zurückhaltung des Bundes des Panzerschiffes A (93 Millionen) und durch Bericht auf eine Reihe von Neubauten für Finanzämter.

Die Reichsregierung will an dem im Reichstag gestrichenen Bau eines Panzerkreuzers festhalten und die Entscheidung dem Reichstag anheimstellen.

Der ordentliche Haushalt balanciert mit 9 356 471 700 Mark. Von den Ausgaben sind 435 758 700 Mark einmalig von den dauernden Ausgaben entfallen auf Steuerüberweil-